

Gemeinderat - öffentlich - vom 15.03.2016
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 1-023/16 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 23.02.2016 gefassten Beschlüsse

Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 23.02.2016 gefassten Beschlüsse werden bekannt gegeben.

3) TOP 3-004/16 Aktueller Sachstand in der Bedarfsorientierten Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (BEA)

Oberbürgermeister Pauly: Aktuell seien in der BEA 849 Flüchtlinge untergebracht. Diese Woche würden 200 Flüchtlinge die BEA verlassen und in der kommenden Woche sollen weiter 100 bis 150 Flüchtlinge verlegt werden.

Herr Dereck: (Auf Frage von Stadträtin Weishaar) Die Flüchtlinge würden nach Villingen und Sasbachwalden verlegt, damit dort der Betrieb einer Erstaufnahmestelle weiter geführt werden könne. Momentan würden keine weiteren Flüchtlinge in Donaueschingen untergebracht. Über die Entwicklung in den kommenden Wochen könne nichts gesagt werden.

Beschluss: Die Informationen zur Bedarfsorientierten Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge werden zur Kenntnis genommen.

4) TOP 4-025/16 Verkehrsuntersuchung 2015 / Information zur Bürgerbeteiligung am 18. April 2016

Herr Dr. Karajan: (Büro KARAJAN Ingenieure GmbH) erläutert anhand einer Power Point Präsentation die Verkehrsuntersuchung in Donaueschingen. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Oberbürgermeister Pauly: Am 18.04.2016 solle der Bürgerschaft die Möglichkeit geboten werden, Ideen und Anregungen für das Verkehrskonzept einzubringen. Aus diesem Grund solle auch nicht schon heute das Konzept diskutiert werden, sondern lediglich Fragen hierzu gestellt werden. Am 28.06.2016 werde die Verkehrsuntersuchung erneut im Gemeinderat beraten.

Herr Dr. Karajan: (Auf Frage von Stadträtin Wiemer) Mit einer geplanten planfreien Anschlussstelle bei der Josefstraße solle der Durchgangsverkehr reduziert werden und somit Wartezeiten verkürzt, bzw. ganz vermieden werden.

Oberbürgermeister Pauly: Mit dem Ausbau der B 27 erhoffe man sich eine Entlastung des Durchgangsverkehrs in der Josefstraße und auch in Allmendshofen.

Herr Dr. Karajan: (Auf Frage von Stadtrat Karrer) Die Käferstraße werde nicht mehr so stark befahren, da durch die Öffnung des Rathausplatzes der Umweg um auf die Mühlenstraße zu gelangen, der durch die Zeppelinstraße und die Käferstraße geführt habe, nicht mehr notwendig sei. Das Verkehrsaufkommen habe sich in der Mühlenstraße erhöht.

Stadtrat Wild: Der in der Folie 32 eingezeichnete Radweg in Allmendshofen sei falsch dargestellt.

Herr Dr. Karajan: (Auf Fragen von Stadtrat Wild) Wenn es sich bei den Parkplätzen beim Bräustüble um private Parkplätze handle, würden diese nicht mehr in der Verkehrsuntersuchung dargestellt und heraus genommen.

(Auf Anmerkung von Stadträtin Weishaar) In der Hermann-Fischer-Allee würden sich derzeit die Fußgänger und Radfahrer den Gehweg teilen. Wenn auf der Straße Schutzstreifen für Radfahrer aufgebracht werden sollten, würde das Parken an der Straße nicht mehr möglich sein.

(Auf Frage von Stadträtin Stocker-Werb) Bezüglich einer Parkraumbewirtschaftung hätten mit dem Gewerbeverein bereits Gespräche stattgefunden. Diese würden fortgeführt werden.

(Auf Anmerkung von Stadtrat Dr. Wagner) Bei der Alten-Wolterdinger-Straße handle es sich um eine Landesstraße, sodass es nicht sinnvoll wäre, den Radverkehr mit dem Autoverkehr mitschwimmen zu lassen. Hier wäre die Anbringung von Radfahrerschutzstreifen denkbar.

(Auf Anmerkung von Stadtrat Vetter) Der Verkehr am Hindenburgring solle gebündelt und verbessert werden. Das Ziel sei nicht, zusätzlichen Verkehr zu generieren. Durch die Konversion würde es aber sicherlich zu mehr Verkehr kommen.

Stadtrat Blaurock: Bevor Radfahrerschutzstreifen umgesetzt werden, solle geprüft werden, ob die Gehwege, die gleichzeitig auch als Radwege fungieren, von Fußgängern genutzt würden.

Herr Dr. Karajan: (Auf Frage von Stadtrat Rögele) An der Kreuzung zum Donaucenter müsse

sicherlich gearbeitet werden, um einen Rückstau in die Hagelrainstraße zu vermeiden, bzw. um die Wartezeiten zu verkürzen.

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadträtin Weishaar und Stadträtin Wesle) In der Hagelrainstraße würde durch die Verbreiterung des vorhandenen Gehwegs ein Geh- und Radweg entstehen. Der 1. Bauabschnitt dieser Maßnahme sei bis Pfingsten erledigt. Die Verbreiterung des Gehwegs würde größtenteils durch Inanspruchnahme von städtischen Flächen, die derzeit noch von den Anliegern genutzt würden, vorgenommen. Das Straßenbauamt würde streng darauf achten, dass die Fahrbahn nicht zu schmal werde.

Stadtrat Kuttruff: Der neu geschaffene Startpunkt des Donauradweges solle in die Radwegführung der Prinz-Fritzi-Allee und der Josefstraße miteingebunden werden. Über eine mögliche Öffnung der Haldenstraße solle sich das Büro KARAJAN Gedanken machen.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 5-010/16 Friedhofssatzung (Friedhofsordnung) - Änderung

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

6) TOP 5-009/16 Grabplatz- und Bestattungsgebühren -Gebührenkalkulation u. Satzungsänderung

Herr Bea führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Dr. Wirsching (Firma Schneider & Zajontz) erläutert mit Hilfe einer Power Point Präsentation die Kalkulation der Gebühren für das Bestattungswesen. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadträtin Wiemer: Um eine bessere Vergleichbarkeit zu bekommen, solle künftig eine tabellarische Gegenüberstellung der bisherigen und der künftigen Gebühren der Sitzungsvorlage mitbeigefügt werden.

Herr Bea: (Auf Frage von Stadträtin Wiemer) Die Gebühr in § 5 Abs. III in Höhe von 200 € sei auch schon in der alten Satzung erhoben worden. Hier habe sich nichts geändert.

Stadtrat Vetter: Bei dem Urnenerdgrab und dem Urnenwandgrab seien deutliche Steigerungen zu verzeichnen. Die Gebühren hierfür seien auf der Grundlage errechnet worden, dass bis zu fünf Urnen in ein Grab eingelassen werden dürften. In der Regel würde dies sicherlich nicht vorkommen. Für die Zukunft schlage er deshalb vor, die Gebühren auf der Grundlage von einer zwei- bis dreifachen Belegung zu errechnen.

Herr Bea: Der Regelfall sei der, dass zwei Urnen in ein Urnenerdgrab oder ein Urnenwandgrab eingelassen würden. Vier Urnen seien erlaubt.

Herr Dr. Wirsching: Wenn in der Satzung Differenzierungen bezüglich der Anzahl der Urnen gemacht würden, könnten auch die Gebühren differenzierter dargestellt werden.

Stadtrat Kuttruff: Die Kalkulation sei sehr umfangreich. An der 70 %-igen Deckung solle festgehalten werden und aus diesem Grund sei die Unterdeckung bei einem Urnenerdgrab mit Kosten in Höhe von 1.500 € zu hoch. Dieser Preis solle, wie bei einem Urnenwandgrab, auf 2.500 € angehoben werden. Es sei Makulatur, wenn man dort, wo die Nutzung stattfindet, beim Urnenerdgrab, den Kostendeckungsgrad von 70 % auf 30 % reduziere.

Herr Bea: Die Kalkulation gebe es her, dass die Gebühr für ein Urnenerdgrab auf 2.500 € erhöht werden könne. Dennoch möchte er davon abraten und auf die Sitzungsvorlage verweisen, dass nach einem Jahr die Verwaltung die weitere Entwicklung des Gebührenaufkommens untersuchen werde und ggf. weitere Anpassungen dem Gemeinderat vorschlagen werde.

Stadtrat Blaurock: Dem Verwaltungsvorschlag solle zugestimmt werden und in einem Jahr nochmals über die Gebühren gesprochen werden.

Herr Bea: (Auf Frage von Stadträtin Wiemer) Auf dem Donaueschinger Stadtfriedhof bestehe bereits ein Rasengrab. Auf der ausgewiesenen Fläche sei Platz für zwölf Gräber.

Herr Dr. Wirsching: (Auf Frage von Stadtrat Kaiser) Die Grünflächen würden kostenanteilig auf alle Grabarten verteilt und es werde versucht, eine gerechte Gewichtung zu erzielen. Keinesfalls würden die Grünflächen doppelt berechnet.

Herr Bea: (Auf Frage von Stadtrat Bäurer) Für die allgemeine Prüfung der Standsicherheit der Grabsteine sei keine Gebühr zu entrichten. Erst wenn die Verwaltung handeln müsse, würde eine Gebühr berechnet.

Beschluss:

1. Die Gebührenkalkulation wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem faktischen Grünflächenanteil von 30 % wird zugestimmt.
(einstimmig)
3. Dem Antrag der FDP/FW-Fraktion, die Kosten für ein Urnenerdgrab in § 5, Abs. II der Satzung von 1.500 € auf 2.500 € zu erhöhen, wird nicht zugestimmt.
(24 Nein, 7 Ja)
4. Der beigefügten Neufassung der Satzung über die Erhebung von Grabplatz- und Bestattungsgebühren (Friedhofsgebührenordnung) wird zugestimmt.
(24 Ja, 7 Nein)

7) TOP 1-021/16 Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Beschluss:

1. Von den Gesetzesänderungen wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit und das Redaktionsstatut für das städtische Mitteilungsblatt an die neue Gesetzeslage anzupassen und dem Gemeinderat vorzulegen.
3. Die Geschäftsordnung des Gemeinderates ist nach Vorliegen der neuen Muster-Geschäftsordnung zu überarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.
4. Von der Möglichkeit einer ausschließlichen öffentlichen Bekanntmachung über das Internet Gebrauch zu machen, wird bis auf weiteres verzichtet.

(30 Ja, 1 Enthaltung)

**8) TOP 1-022/16 Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit –
Änderung**

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(25 Ja, 6 Nein)

9) TOP 1-020/16 Redaktionsstatut Mitteilungsblatt – Änderung

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 5 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

10) TOP 4-004/16 Platz- und Straßenbenennungen / Schlosszufahrt über das Lammtor

Oberbürgermeister Pauly: Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung vom Vorsitzenden von der Tagesordnung zurückgezogen und werde nicht in der heutigen Sitzung beraten.

11) TOP 4-029/16 Baugebiet An der Halde, Im Oberen Grund und Im Mittleren Grund / Pfohren - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

12) TOP 4-022/16 Erschließung Baugebiet Schützenberg, 2. und 3. BA - außerplanmäßige Ausgabe

Herr Stadtrat Marcus Greiner ist befangen. Er verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Er nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Kuttruff) Die Verwaltung sei auch sehr überrascht über das Ausschreibungsergebnis für die Erschließung des Baugebietes „An der Tannheimer Straße“ gewesen. Aufgrund des frühen Zeitpunkts der Ausschreibung sei das Angebot deutlich günstiger ausgefallen, als zu erwarten gewesen sei.

Stadtrat Müller: Seines Wissens sei die Ausschreibung so günstig ausgefallen, da von der ursprünglichen Planung abgewichen worden sei. So würde ein Straßenabschnitt von ca. 50 Metern ohne Kanal gebaut. Wenn das Baugebiet später erweitert würde, müsste erneut aufgedigert werden.

Herr Bunse: Der günstige Preis würde sich durch die frühe Ausschreibung ergeben. Der Gemeinderat habe entschieden, einen begrenzten Bereich zu erschließen, was auch so umgesetzt werde. Bei einer späteren Erweiterung des Gebietes müsse die 2016 bebaute Straße nicht aufgerissen werden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(28 Ja, 1 Enthaltung, 1 Nein)

13) TOP 4-023/16 Klosterstraße, 4. BA, Neugestaltung Kirchvorplatz / Aasen – außerplanmäßige Ausgabe Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Der zu erneuernde Regenwasserkanal ist teilweise in die Schadensklasse 1 und 2 eingeteilt. Die Schadensklassen 0 bis 5 würde es geben, wobei 0 am schlechtesten sei. Aus diesem Grund sei die Erneuerung zwingend notwendig.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

14) TOP 4-024/16 Breitbandversorgung / Wolterdingen - außerplanmäßige Ausgabe

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Wenn der Oberflächenbelag aus Betonpflaster gleich viel kosten würde wie andere, würde immer Betonpflaster gewählt. Dies sei der Wunsch der Ortschaftsräte. Des Weiteren sei das Betonpflaster leichter wieder zu entfernen, wenn der Gehweg erneut aufgemacht werden müsse.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**15) TOP 4-030/16 Ludwig-Kirsner-Straße / Donaueschingen - überplanmäßige
Ausgabe**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

16) TOP Verabschiedung Herr Amtsleiter Josef Bea

Oberbürgermeister Pauly dankt Herrn Josef Bea für die in den letzten 43 Jahren geleistete Arbeit bei der Stadt Donaueschingen und verabschiedet ihn in den Ruhestand.

Herr Bea habe als dienstältester Amtsleiter in Donaueschingen einen sehr großen Aufgabenbereich bekleidet. Er habe nicht nur sachlich und überaus korrekt gearbeitet, sondern auch immer die menschlichen Bedürfnisse gesehen und bei unangenehmen Punkten den Beteiligten die Situation immer verständlich dargestellt.

Herr Bea erhält von Herrn Oberbürgermeister Pauly einen Geschenkgutschein für die Süddeutschen Berufs & Erwerbs Imkertage in Donaueschingen und ein Sektpresent.

Herr Bea: Er danke allen für die gute und kollegiale Zusammenarbeit, insbesondere seinem Team im Bauverwaltungsamt. In 43 Jahren bei der Stadtverwaltung Donaueschingen habe er viele positive aber auch negative Dinge erlebt.

17) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

BPA-Fahrt nach Berlin

Oberbürgermeister Pauly: Alle angemeldeten Gemeinderäte mit Ihren Partnerinnen und Partnern können an der Berlinfahrt vom 13. bis 16. April 2016 teilnehmen. Sobald das Programm vorliegt, würden die Teilnehmer darüber informiert.

Zuschüsse für die Stadt Donaueschingen

Oberbürgermeister Pauly: Aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes habe die Stadt einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 207.000 € bewilligt bekommen. Mit 85.000 € werde die energetische Sanierung der Erich Kästner-Schule bezuschusst. Auch die energetische Sanierung des Rathauses in Allmendshofen werde mit 85.000 € gefördert. 37.000 € würden in den Heizungsaustausch der Obdachlosenunterkunft in der Schillerstraße 27 investiert. Des Weiteren sei aus der Förderinitiative des Innenministeriums für die Instandsetzung von Kriegsgräbern ein Zuschuss in Höhe von 60.000 € für die Sanierung des Ehrenfriedhofs in Allmendshofen bewilligt worden.

Flugplatz GmbH – Finanzierung der neuen Rundhalle

Oberbürgermeister Pauly: Mit dem Neubau der Rundhalle auf dem Flugplatz in Donaueschingen sei man momentan auf einem sehr guten Weg. In der kommenden Aufsichtsratssitzung solle über die Finanzierungslaufzeit entschieden werden. Bei einer Laufzeit von 25 Jahren würde der Zins bei 2,55 % liegen. Bei einer Finanzierung über 20 Jahre würde der Zinssatz bei 2,15 % liegen. Die Sparkasse verweigere die Finanzierung mit einer Laufzeit über 20 Jahre, da bei dieser Variante im ersten Jahr eine Unterdeckung in Höhe von 11.700 € und im 2. Jahr in Höhe von 5.200 € entstehen würde. Sollten sich aber die kommunalen Träger dafür entscheiden, die Umlagen entsprechend zu erhöhen, um diese Unterdeckung zu finanzieren, würde eine 20-jährige Finanzierung möglich werden. Für die Stadt Donaueschingen würde dies in Summe 10.000 € bedeuten. Er als Aufsichtsratsvorsitzender frage nun den Gemeinderat nach seiner Meinung und Empfehlung. Heute könne keine Entscheidung getroffen werden, jedoch eine Tendenz gegeben werden.

Stadtrat Kuttruff: Die FDP/FW-Fraktion würde eine 20-jährige Finanzierung mit den von der Sparkasse genannten Bedingungen nicht mittragen können. Aus diesem Grund solle die Finanzierung über 25 Jahre gewählt werden.

Konversion

Oberbürgermeister Pauly: Der Bund als Eigentümer des Kasernenareals führe über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) mit der Stadt bereits seit Ende 2014 Verhandlungen über den Erwerb des Geländes durch die Stadt Donaueschingen. Es sei eine Einigung dahingehend gefunden worden, dass das Konversionsareal in zwei Teilen an die Stadt Donaueschingen übertragen werde, nämlich zum 01.07.2016 der nördliche Teil, während der südliche Teil weiterhin vom Land für die Erstaufnahmeeinrichtung genutzt werden könne. Dieser Kompromissvorschlag sei dem Land Baden-Württemberg Anfang des Jahres mit der Bitte um Zustimmung vorgetragen worden. Die Verwaltung habe bei der Grün-Roten Landesregierung darauf gepocht, dass noch vor den Landtagswahlen eine Entscheidung über den

Kompromissvorschlag gefällt werde und auch angekündigt, dass das Ergebnis umgehend in der Presse bekannt gegeben werde.

Die Landesregierung habe nun, nachdem die Lenkungsgruppe sich mit dem Kompromissvorschlag beschäftigt habe, diesen Vorschlag abgelehnt.

In einem Schreiben des Integrationsministeriums Baden-Württemberg vom 02.03.2016 sei der Stadt mitgeteilt worden, dass im Jahr 2016 eine Freigabe nicht stattfinden könne.

Des Weiteren sei für das Jahr 2017 die Freigabe einzelner Gebäude im nördlichen Bereich nur unter der Voraussetzung avanciert worden, dass dort 50 % der Flächen für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt würden.

Obwohl die Stadt Donaueschingen für das Gebiet bereits einen Rahmenplan erstellt und einen Planaufstellungsbeschluss gefasst habe, wolle sich die Landesregierung nun offensichtlich in die Planung des Gebietes einmischen und Änderungen erzwingen. Eine solche Einmischung der Landesregierung in die städtische Planungshoheit sei nicht akzeptabel. Natürlich werde die Stadt bei der Neugestaltung des Areals auch den sozialen Wohnungsbau angemessen berücksichtigen. Dass das Land aber für Teilareale 50 %-igen sozialen Wohnungsbau als Bedingung einer Freigabe formuliere, werte die Stadt als frontalen Angriff auf die in Grundgesetz und der Landesverfassung garantierte Selbstverwaltungsgarantie.

In der Presse sei von einem sozialen Brennpunkt gesprochen worden. Er möchte klarstellen, dass es in Donaueschingen keinen sozialen Brennpunkt gebe und auch nicht geben werde.

Stadtrat Kuttruff: Der Gemeinderat und die Verwaltung hätten nach ausgiebigen Planungen und unter Bürgerbeteiligung einen Rahmenplan erstellt. An diesen sollten sich alle gemeinsam halten.

Bürgermeister Kaiser: (Auf Frage von Stadträtin Weishaar) Es würden keine Kommunikationsprobleme zwischen der Stadt und dem Integrationsministerium in Stuttgart existieren. Die Verwaltung hätte unmissverständlich geäußert und sehr deutlich gemacht, wie die Pläne der Stadt seien.

Stadtrat Blaurock: Auch er vermisse die Gesprächsbereitschaft des Landes. Die ablehnende Haltung des Landes sei nicht verständlich. Die Flüchtlingszahlen in der BEA seien rückläufig und mit dem Verkauf des nördlichen Areals würden im südlichen immer noch 1.700 Flüchtlinge in der BEA untergebracht werden können.

Landtagswahl – Darstellung der Wahlbeteiligung

Stadtrat Dr. Buller: Die prozentuale Wahlbeteiligung in den Ortschaften sei nicht richtig in der Statistik dargestellt worden. Es seien lediglich die Urnenwähler berechnet worden. Die Wähler mit Wahlschein würden separat in zwei Briefwahlausschüssen gesammelt und ausgezählt. Da sich die Briefwahl immer größerer Beliebtheit erfreue, solle bei den nächsten Wahlen die Briefwahl in die Wahlbeteiligung miteingerechnet werden.

Herr Butsch: Die Anregung von Stadtrat Dr. Buller werde aufgenommen.

Bregbrücke in Allmendshofen

Stadtrat Wild: In der Gemeinderatssitzung am 26. Januar 2016 habe der Gemeinderat beschlossen, die marode und nicht mehr befahrbare Stahlbrücke in Allmendshofen durch eine

Fuß- und Radwegebrücke aus Aluminium zu ersetzen. Die betroffenen Bürger würden diese Entscheidung nicht hinnehmen und auch nicht akzeptieren. Einige Allmendshofener Bürger hätten Gespräche mit dem Regierungspräsidium geführt. Das Regierungspräsidium habe daraufhin an die Stadtverwaltung geschrieben und um eine Stellungnahme gebeten.

Oberbürgermeister Pauly: Der in der Sitzung am 26. Januar 2016 getroffene Gemeinderatsbeschluss sei rechtlich in Ordnung. Das Schreiben des Regierungspräsidiums würde es geben. Die Verwaltung werde eine Stellungnahme, wie gewünscht, abgeben.

Realschule

Oberbürgermeister Pauly: (Auf Frage von Stadtrat Rögele) Aufträge bezüglich der Sanierung der Realschule würden derzeit nicht erteilt. Die Arbeiten des Büros Schneider Mayer seien abgeschlossen. Aktuell würde man abwarten müssen, bis das Land mitteile, wie hoch die Förderung sein werde.

Straßenbeleuchtung in Grüningen

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Dr. Buller) Mit der Ausbesserung der defekten Leuchten in Grüningen sei man äußerst unzufrieden. Es hätten deshalb aktuell Gespräche mit dem Unternehmen stattgefunden. Die Firma Hess werde nun auf eigene Kosten eine Firma engagieren, die die notwendigen Reparaturarbeiten vornehme. Dadurch solle der Ersatz der defekten Leuchten beschleunigt werden.